

„Raus aus der Eskalationslogik“

Die Ukraine braucht Diplomatie statt schwere Waffen und Stellvertreterkrieg

von Jürgen Wagner

Keine Verhandlungen – mehr Waffen – mehr Eskalation: Es wird immer offensichtlicher, dass sich die westliche Ukraine-Politik auf diese knappe Formel zusammenfassen lässt. Im Zentrum steht dabei die Lieferung schwerer Waffen, die für ukrainische Offensiven zur Rückeroberung verlorener Gebiete gedacht sind. Auch Deutschland wird insbesondere mit der Mitte Mai 2022 beschlossenen Lieferung von Panzerhaubitzen immer mehr zur Kriegspartei. Doch je deutlicher sich die Konturen dieser überaus riskanten Stellvertreter-Strategie herauskristalisieren, mehrten sich auch kritische Stimmen. Außerdem wandelt sich trotz medialer Dauermobilmachung die Stimmung in der Bevölkerung, die – wenn sie vielleicht auch nicht komplett kippt – sich dennoch in jüngster Zeit deutlich verschiebt.

Keine Verhandlungen

Es lohnt noch einmal ein Blick zurück: Ende März 2022 waren die Medien voll mit Berichten, die Ukraine und Russland stünden kurz vor einer Verhandlungslösung zur Beendigung des Krieges. Beim [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#) hieß es: „Russlands Krieg gegen die Ukraine könnte durch die Verhandlungen schneller beendet werden, als Beobachter bisher angenommen haben. [...] Demnach gebe es einen ersten Entwurf des Waffenstillstandsdokuments, in dem einige der Forderungen Russlands aber fehlen. [...] Russland [soll] in dem Dokument nicht mehr an seinen Forderungen festhalten, die Ukraine zu ‚entnazifizieren‘ und zu ‚entmilitarisieren‘. [...] Die Ukraine [soll] in den Gesprächen angeboten haben [...], über die Zukunft der Krim Verhandlungen über einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren zu akzeptieren. [...] Zudem sei die Ukraine angeblich bereit, einen neutralen Status zu akzeptieren, wenn es Sicherheitsgarantien verschiedener Staaten für den Fall eines erneuten russischen Angriffs geben sollte – darunter auch China.“

Selbst ein EU-Beitritt scheint wohl Gegenstand der Gespräche gewesen und von Russland akzeptiert worden zu sein. Kurz nach Abschluss der Verhandlungen wurde Moskaus Unterhändler Wladimir Medinski mit den Worten [zitiert](#): „Die Russische Föderation hat keine Einwände gegen Bestrebungen der Ukraine, der Europäischen Union beizutreten.“

Was dann genau geschehen ist, wird – wenn überhaupt – wohl erst in vielen Jahren herauskommen. Unmittelbar nach der Annäherung bei den Verhandlungen mehrten sich jedenfalls schon skeptische Stimmen westlicher Regierungschefs, namentlich von Boris Johnson und Joseph Biden. Bereits am 5. April 2022 berichtete dann die [Washington Post](#) darüber, innerhalb der NATO werde von einigen Staaten die Fortsetzung des Krieges gegenüber einer Verhandlungslösung derzeit präferiert: „Das führt zu einer unangenehmen Realität: Einige in der NATO halten es für besser, wenn die Ukrainer weiter kämpfen und sterben, als dass ein Friede herauskommt, der zu früh oder mit zu hohen Kosten für Kiew und den Rest Europas verbunden ist.“

Am 7. April 2022 [meldete](#) sich schließlich Russlands Außenminister Sergej Lawrow mit der Aussage, es seien von ukrainischer Seite Änderungen an den Verhandlungsdokumenten vorgenommen worden, die eine Einigung erschweren würden. Anfang Mai 2022 [wiederholte](#) Lawrow diese Aussage erneut: „Wir haben den Gesprächen auf Ersuchen von Wladimir Zelenskij zugestimmt, und sie begannen, an Dynamik zu gewinnen. Im März wurden auf einem Verhandlungstreffen in Istanbul Vereinbarungen getroffen, die auf den öffentlichen Äußerungen von Wladimir Zelenskij beruhten. Er sagte, die Ukraine sei bereit, ein neutrales, blockfreies Land ohne Atomwaffen zu werden, wenn sie Sicherheitsgarantien erhalte. Wir waren bereit, auf dieser Grundlage zu arbeiten, vorausgesetzt, das Abkommen würde vorsehen, dass die Sicherheitsgarantien nicht für die Krim und den Donbass gelten, wie die Ukrainer selbst vorgeschlagen hatten. Unmittelbar nach diesem

Vorschlag, den sie unterzeichnet und uns übergeben haben, haben sie ihre Position geändert.“

Vor diesem Hintergrund deuten die Indizien deutlich darauf hin, dass der Westen (oder zumindest die USA und eine Reihe weiterer Verbündeter) derzeit von einer Verhandlungslösung nichts wissen wollen – und dies der Ukraine auch signalisiert haben. Stattdessen soll die sich nun bietende Gelegenheit wohl genutzt werden, um Russland so weit als möglich zu schwächen. Erreicht wird dies, indem erst verhandelt werden soll, wenn die russischen Truppen militärisch vollständig aus der Ukraine vertrieben sind – also erst dann, sollten sie faktisch besiegt worden sein.

So kritisierte etwa Michael Roth (SPD), der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, den österreichischen Kanzler Karl Nehammer für seine Bemühungen um eine diplomatische Lösung. Gegenüber dem Deutschlandfunk erklärte der SPD-Mann am 12. April 2022 Putin sei ein „Schlächter“, es seien „alle Brücken abgebrochen“ und da könne man jetzt auch „nicht versuchen, neue Brücken aufzubauen“ – von einem Waffenstillstand will der SPD-Mann ohnehin faktisch nichts wissen: „Von Friedensverhandlungen halte ich da jetzt erst einmal nichts, das muss direkt zwischen der Ukraine und Russland verlaufen und was mich bei den öffentlichen Aussagen des österreichischen Bundeskanzlers etwas enttäuscht hat ist, dass er da von einem Waffenstillstand gesprochen hat. Das ist völlig richtig, aber ein Waffenstillstand, ohne vollständigen Rückzug der russischen Truppen von ukrainischem Staatsgebiet wäre ja nur eine Atempause für die russischen Truppen, die wahrscheinlich Russland derzeit dringend braucht, weil dieser Krieg ja nicht so läuft, wie sich das Russland und Putin am Anfang erwartet haben. [...] Es geht ja nicht mehr um Verteidigung, sondern es geht darum dass die Ukraine Territorien, die von der russischen Armee besetzt worden sind, zu befreien versucht. Das ist aus meiner Sicht die einzige Chance, um überhaupt zu einer Verhandlungslösung zu kommen. [...] Es gibt die Forderung nach schwerem Gerät [...] Wir haben aus meiner Sicht die Pflicht, der Ukraine auch beizustehen, wobei es eine klare rote Linie gibt: Wir werden als NATO keine Truppen schicken auf dem Boden oder in die Luft, aber ansonsten stehen wir mit allem was wir haben militärisch zur Verfügung“.

Ende April 2022 äußerte sich beispielsweise die britische Außenministerin Liz Truss derart in einer Grundsatzrede namens „Die Geopolitik ist zurück“, der die britische Regierung auch extra eine deutsche Übersetzung [spendierte](#): „Wir müssen unsere Unterstützung für die Ukraine deutlich ausbauen. [...] Der Krieg in der Ukraine ist unser Krieg – er ist unser aller Krieg, denn der Sieg der Ukraine ist für uns alle eine strategische

Notwendigkeit. Schwere Waffen, Panzer, Flugzeuge – wir greifen tief in unsere Waffenarsenale, fahren die Produktion hoch. Das alles ist notwendig. [...] Wir werden noch schneller noch mehr tun, um Russland aus der gesamten Ukraine zu vertreiben.“

Ähnlich klang nahezu zur selben Zeit auch US-Verteidigungsminister Lloyd Austin nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Alexandrowitsch Selenski. Die [FAZ](#) wies kurz danach darauf hin, augenscheinlich verfolgten die USA nun das Ziel einer maximalen Schwächung Russlands: „Zwei Monate nach Kriegsbeginn setzt Washington sich neue Ziele. Die amerikanische Regierung bereitet sich auf eine jahrelange Auseinandersetzung mit Moskau vor. [...] Die schweren Waffen, die Washington und viele westliche Verbündete nun liefern, sollen aber nicht nur die Kosten für Russlands Krieg erhöhen, sondern das Land in seiner Niederlage nachhaltig schwächen. Man geht von einer Jahre dauernden Auseinandersetzung aus. Amerika wird so wieder wie im Kalten Krieg zu der zentralen europäischen Macht.“

Die „Logik“ schwerer Waffen

Die nun von immer mehr westlichen Staaten, unter anderem von Deutschland, beschlossene Lieferung [schwerer Waffen](#) passt zur westlichen Stellvertreter-Strategie. Denn die bisherige ukrainische Bewaffnung war zwar „geeignet“, um den russischen Vormarsch zu erschweren, aber für eine Rückeroberung verlorener Gebiete war sie weitgehend untauglich. Dafür braucht es schweres Gerät, das nun massenweise an die Ukraine geliefert wird – zusammen mit der wohl unmissverständlichen Forderung im Gepäck, in die Offensive zu gehen. So jedenfalls erklärte der ehemalige hochrangige deutsche NATO-General Egon Ramms im Deutschlandfunk die „Logik“ schwerer Waffen: „Wenn die Ukraine irgendwann in der Lage sein will, die Geländeteile, die durch die Russen oder auch durch die Separatisten erobert worden sind, wieder zurückzugewinnen, dann braucht die Ukraine dafür andere Waffen, als sie sie heute hat. Mit Fliegerfäusten und mit Panzerfäusten und mit kleinen Drohnen sind sie nicht in der Lage Geländegewinne zu erzielen und die Russen wieder zurückzudrängen. [...] Diese Diskussion, sind wir Kriegspartei, sind wir keine Kriegspartei, ist eine ganz schwierige. Für mich zählt ein ganz anderer Punkt und den halte ich für ausgesprochen wichtig. Letztendlich verteidigt die Ukraine [...] die Freiheit Europas. [...] Von daher, aus meiner Perspektive, muss der Ukraine jede Unterstützung gewährt werden“.

Das ist jedoch nichts anderes, als das Rezept für einen lang andauernden katastrophalen Stellvertreter-Krieg, wie etwa der Historiker Jörg Baberowski, der

seit Jahren eher durch sehr putinkritische Töne auffiel, recht unmissverständlich [ausführte](#): „Ich habe Zweifel, ob es gelingen wird, durch die Lieferung schweren Kriegsgeräts an die Ukraine den Konflikt zu beenden. Putin wird sich nicht geschlagen geben, weil er sich eine Niederlage nicht leisten kann. Die Folgen eines langwierigen Zerstörungs- und Vernichtungskrieges werden für Russland und die Ukraine verheerend sein. [...] Jetzt kommt es darauf an, einen neutralen Vermittler zu finden, der einen Frieden aushandelt, von dem beide Seiten einen Gewinn haben. Eine andere Lösung kann es gar nicht geben, wenn wir einen langen Zermürbungskrieg verhindern wollen.“

Doch genau das scheint eben das Ziel zu sein, wie auch John Mearsheimer, einer der renommiertesten US-Politikwissenschaftler und Anhänger des machtpolitischen Realismus, kritisiert, wenn er den Kern der westlichen Stellvertreter-Strategie folgendermaßen [zusammenfasst](#): „Wir haben beschlossen, dass wir Russland in der Ukraine besiegen werden. [...] Man könnte argumentieren, dass der Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, bereit sind, diesen Krieg bis zum letzten Ukrainer zu führen. Und das Endergebnis ist dann, dass die Ukraine tatsächlich als Land zerstört wird. [...] Tatsache ist, dass die Vereinigten Staaten den Ukrainern nicht erlauben werden, einen Deal abzuschließen, den die Vereinigten Staaten für inakzeptabel halten.“

In dieses Bild passt auch, dass die Lieferung schwerer Waffen immer weiter Fahrt aufnimmt. Allein die USA sollen seit Kriegsbeginn Waffen im Wert von 3,7 Mrd. Dollar an die Ukraine geliefert haben – doch das ist nichts gegenüber dem, was US-Präsident Joseph Biden erst Ende April 2022 laut [dpa](#) zusätzlich dazu beim Kongress beantragt hat: „Die US-Regierung rüstet die Ukraine im großen Stil auf, um das Land im Krieg gegen Russland zu unterstützen. Biden hatte [...] angekündigt, den Kongress hierzu um die Bewilligung von weiteren 33 Milliarden US-Dollar (31,4 Milliarden Euro) zu bitten. 20 Milliarden davon sollen für Militärhilfe genutzt werden.“ Dem US-Kongress ging das nicht weit genug: Er [bewilligte](#) am 10. Mai 2022 noch einmal 7 Mrd. Dollar mehr, die soweit ersichtlich ebenfalls in Waffen fließen sollen, sodass sich die Gesamtunterstützung nun auf 40 Mrd. Dollar beläuft.

Kriegspartei Deutschland?

Deutschland wiederum will den Großteil der Mitte April 2022 neu ausgelobten 2 Mrd. Euro für die „Ertüchtigung“ befreundeter Akteure für die Ukraine [verwenden](#). Zwar berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland Anfang Mai, aus einer Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen gehe hervor, der Wert deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine

würde sich bislang „nur“ auf rund 190 Mio. Euro [belaufen](#), allerdings dürfte dieser Wert mit der dann beschlossenen Lieferung schwerer Waffen schnell in die Höhe schießen.

Schon Ende April wurden 50 Gepard-Flugabwehrpanzer bewilligt, während es zunächst um die Lieferung von Panzerhaubitzen 2000 noch [widersprüchliche](#) Informationen gab. Am 6. Mai 2022 wurde dann aber auch über deren Bewilligung [berichtet](#): „Deutschland will der Ukraine weitere schwere Waffen liefern: Nach Angaben von Verteidigungsministerin Lambrecht soll Kiew sieben Panzerhaubitzen vom Typ 2000 erhalten. Auch eine Ausbildung werde den ukrainischen Streitkräften angeboten.“

Am 10. Mai 2022 sollen mehrere Dutzend ukrainische SoldatInnen in Deutschland [angekommen sein](#), die an der Artillerieschule der Bundeswehr in Idar-Oberstein ausgebildet werden sollen. Spätestens damit droht Deutschland aber laut dem im Auftrag der Linken erstellten Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages „[Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme](#)“ die Schwelle zur Kriegspartei zu überschreiten. Bei der bisherigen Unterstützung handele es sich um eine „Gratwanderung“, heißt es darin. Mit ihr seien „gravierende rechtliche und militärische Folgen verbunden – von einer geographischen Ausweitung des Konfliktgebietes bis hin zum (nuklearen) Eskalationspotential.“ Allerdings sei im Falle einer – beim Ukraine-Krieg eindeutigen – Verletzung des Gewaltverbots der UN-Charta „kein Staat mehr zur ‚Neutralität‘ gegenüber den Konfliktparteien verpflichtet.“ Dabei wäre durch eine „militärische Unterstützung einer bestimmten Konfliktpartei in Form von Waffenlieferungen [...] noch nicht die Grenze zur Konflikteilnahme“ überschritten. Allerdings legt das Gutachten nahe, dass durch die nun beschlossene in Deutschland erfolgende Ausbildung ukrainischer SoldatInnen für den Gebrauch der Panzerhaubitze 2000 diese rote Linie wohl endgültig überquert werden könnte: „Wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die »Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.«“

Zwar weist der militärnahe Blog [Augengeradeaus](#) richtigerweise darauf hin, dass sich diese Einschätzung nur auf eine Quelle beziehe, den zitierten Bochumer Völkerrechtler Pierre Thielbörger. Dennoch ist völlig klar, dass die Bundesregierung wie auch ihre NATO-Verbündeten ein immer gefährlicheres Spiel mit dem Feuer betreiben, dem ein immenses Eskalationspotential innewohnt. Deshalb [warnt](#) beispielsweise auch Brigadegeneral a.D. Erich Vad, der ehemalige mili-



Protest gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine in Stuttgart-Möhringen vor dem AFRICOM im Mai 2022. Quelle: IMI.

tärpolitische Berater von Altkanzlerin Angela Merkel: „Wir machen im Moment sehr viel Kriegsrhetorik – aus guter gesinnungsethischer Absicht. Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Wir müssen den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.“

Dreht sich die Stimmung?

Augenscheinlich nimmt die Zahl derer, die im Eskalationskurs des Westens und der Bundesregierung eine große Gefahr erblicken, an Zahl zu. So berichtete die [Berliner Zeitung](#) am 20. Mai 2022 über eine bemerkenswerte Positionsveränderung der New York Times: „Das Sturmgeschütz der amerikanischen Liberalen, die New York Times, hat ihre Haltung zum Ukraine-Krieg überraschend geändert. Die wohl einflussreichste Zeitung der Welt veröffentlichte am Freitag einen Kommentar ihres Editorial Boards, in dem vor einer Ausweitung des Krieges gewarnt und nach den Zielen Amerikas in der Ukraine gefragt wurde. Die New York Times forderte US-Präsident Joe Biden in dem Text dazu auf, dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die Grenzen westlicher Unterstützung aufzuzeigen. [...] Die New York Times spricht in diesem Zusammenhang von ‚außerordentlichen Kosten und ernsten Gefahren‘ und verlangt von US-Präsident Joe Biden Antworten auf die Frage: Wohin soll das alles führen?“

Schon Ende April 2022 [veröffentlichte](#) die Emma

hierzulande einen zunächst von 28 Intellektuellen und KünstlerInnen unterzeichneten offenen Brief an Olaf Scholz. In ihm wird sowohl vor dem „Risiko der Eskalation dieses Krieges zu einem atomaren Konflikt“ und dem „Maß an Zerstörung und menschlichem Leid unter der ukrainischen Zivilbevölkerung“ gewarnt, die von der westlichen Stellvertreter-Strategie verursacht werden. Sofort wurde scharf gegen die UnterzeichnerInnen geschossen, unter anderem mit einem von rund 50 Personen unterstützten [offenen Brief](#) des Zentrums für Liberale Moderne, das sich immer mehr als Bastion der Hardliner etabliert. Trotz aller Häme gegenüber dem – zugegebenermaßen teils nicht sonderlich elegant formulierten – Schreiben scheint es die Sorgen eines immer größeren Teils der Bevölkerung auf den Punkt gebracht zu haben. Den in eine [Petition](#) umgewandelten offenen Brief an Olaf Scholz haben inzwischen immerhin bereits über 280.000 Menschen unterzeichnet (Stand: 24.5.2022). Generell bestätigen jüngste Umfrageergebnisse, dass sich die Stimmung in Deutschland dreht – so berichtete das [RTL/ntv Trendbarometer](#) am 3. Mai 2022 über seine jüngsten Befragungsergebnisse: „Hatten sich in der letzten Erhebung Anfang April noch 55 Prozent der Bundesbürger für eine Lieferung von Offensivwaffen und schwerem Gerät an die Ukraine durch Deutschland ausgesprochen, ist dieser Anteil im aktuellen RTL/ntv Trendbarometer auf 46 Prozent gesunken. Von 33 auf 44 Prozent gestiegen ist demgegenüber der Anteil der Bundesbürger, die sich generell gegen die Lieferung von Offensivwaffen und schwerem Gerät an die Ukraine aussprechen.“